



Das Reichsbanner

15. April 1967 / Nr. 4

Organ des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold

BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Der Widerstand

Von Georg Neemann, MdB

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

In der ersten Nummer unserer „Reichsbannerzeitung“ war in dem Artikel „Das Reichsbanner — ein Bund aktiver Demokraten“ auf eine Rede hingewiesen worden, die der sozialdemokratische Bundestagsgeordnete am 20. Juli 1966 in der Beethovenhalle in Bonn gehalten hat. Auf vielseitigen Wunsch und mit freundlicher Erlaubnis des Abgeordneten lassen wir nachstehend den Text der Rede folgen, die an Aktualität und Bedeutung nichts verloren hat.

Nicht geschulte Spezialisten des illegalen Kampfes und des Lebens im Untergrund, sondern Deutsche aus den verschiedensten Schichten des Volkes — getrieben aus der Sorge um Deutschland und durch ihre Gewissensnot — erhoben am 20. Juli 1944 die Hand gegen das Unrechtsregime. Dieser Tag sollte nicht an Erfolg oder Mißerfolg der Aktion gemessen werden. Wir haben in der Auswahl unserer nationalen Feiertage keine besonders glückliche Hand gehabt. Auch können Traditionen und Erinnerungen nicht allein dazu beitragen, die Gegenwart unseres Lebens zu meistern. Nach meiner Auffassung fällt aber im Gegensatz zu dieser Feststellung der 20. Juli 1944 vollkommen aus dem Rahmen. In der Beurteilung dieses Tages hilft auch kein formal-juristisches Denken weiter. Hier gibt es nur ein klares JA oder NEIN. Für diesen Staat und für die Zukunft unseres Volkes ist eine unmißverständliche Zustimmung zum 20. Juli von entscheidender Bedeutung. Gerade deshalb sollten wir alles Erdenkliche tun, damit der 20. Juli in der deutschen Geschichte den richtigen Platz eingeräumt bekommt.

Es ist eigentümlich, daß viele Historiker in der Beurteilung des deutschen Widerstandes immer nur auf die Vorgänge wenige Jahre vor dem Aufstand eingehen. Ist es tatsächlich so gewesen, daß nur in dem Zeitabschnitt 1941 bis 1944 der Widerstand gegen Hitler und sein Regime sich formierte? Der 20. Juli ist nur zu verstehen und richtig zu würdigen, wenn wir mehrere Jahrzehnte in der deutschen Geschichte zurückblättern. Die Auseinandersetzungen mit dem Rechts- und Linksradikalismus in der Weimarer Republik waren Ausgangsbasen für den Widerstand nach 1933 und ganz besonders in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges. An dieser Tatsache ändert sich auch dann nichts, wenn wir wissen, daß viele Männer und Frauen den Nationalsozialismus erst mit Beginn des letzten Krieges durchschauten. Mit Respekt und Hochachtung müssen wir uns an alle erinnern, die erst spät zur Auflehnung gegen Hitler bereit waren und an deren Wiege wahrhaftig nicht das Lied des Aufstandes gesungen wurde. Auch für den Außenstehenden ist es schwierig zu begreifen, daß ein in preußischer Pflicht- und Lebensauffassung aufgewachsener Beamter sich zur Rebellion gegen die Staatsführung entschließen kann — ganz zu schweigen von den Männern, die mit ihrer Berufswahl den unbedingten Gehorsam als oberstes Gesetz anerkannten. Daneben stehen Deutsche, die in der Weimarer Zeit bereits ihr Leben für die Republik und für die Farben des Deutschen Reiches auf das Spiel gesetzt haben. In unserem Lande erinnert kein Denkmal und keine Gedenktafel an jene, die im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich fast täglich mit Rechts- und Linksextremisten, Monarchisten, Völkischen und Antisemiten herumschlagen mußten. Hunderte starben bereits damals für die Republik und gegen den Radikalismus verschiedenster Färbung. Wen wundert es, daß gerade aus diesen Formationen sich später die ersten Zellen des Widerstandes nach 1933 bildeten? Das ist um so beachtlicher, wenn wir von der Enttäuschung wissen, die eine nichtentschlossene Führung des

Kampfes gegen die NSDAP und gegen die Kommunisten hinterlassen hatte. Ich halte wenig von den immer wieder angestellten Vergleichen zwischen den Abwehrmaßnahmen des Kapp-Putsches und der Verhaltensweise demokratischer Parteien und Verbände in den Jahren 1930 bis 1933. Zu einer solchen Gegenüberstellung fehlt die vergleichbare Ausgangslage. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß Fehler in diesen entscheidenden 30er Jahren begangen wurden, die sich niemals wiederholen dürfen. Für das Versagen in dieser Zeit mußte später bitter bezahlt werden.

Widerstand ist nicht nur die Sache der Stunde des Aufstandes gegen den Tyrannen, Widerstand gegen das Totalitäre, gegen das Unmenschliche, gegen das Schlechte ist ein dauernder Auftrag. Dieses Wort „Widerstand“ sollte einen eindeutigen Sinn bekommen. Es hat nicht im geringsten etwas mit dieser Deutung zu tun, wenn Brandstifter in Berlin sich ostdeutsche Widerstandsgruppe nennen.

Ich möchte auch ein klares Wort an jene richten, die aus sehr unterschiedlichen Gründen einen Beitrag zu der sehr spürbaren Staatsverdrossenheit leisten. Wer genauer hinsieht, muß feststellen, daß sie durch ihr Tun — gewollt oder ungewollt — den Unbelehrbaren, den Nihilisten und den nicht nur links, sondern auch weit rechts angesiedelten Anarchisten in die Hand arbeiten. Wer etwas davon erfahren will, was wir unter Verpflichtung gegenüber dem eigenen Volk verstehen, der mag sich daran erinnern, was Julius Leber auf dem Gang zur Hinrichtung gesagt hat:

„Für so eine gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, daß alles so und nicht anders ausgegangen ist.“ Dieser Mann hat sich in den letzten Minuten seines Lebens vor seinem Volk dafür entschuldigt, daß nicht mehr erreicht werden konnte.

Wenn einmal der laute, überhebliche und dumme Nationalismus überwunden sein wird, sollen wir uns an Julius Leber, den großen deutschen Patrioten erinnern.

Neben der Legion des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung, den Kirchen und den Soldaten standen kleine Gruppen, die wir nicht vergessen sollten. Sie konnten sich nicht auf eine Glaubensgemeinschaft, eine Partei oder eine militärische Machtposition stützen. Allein, höchstens von einem winzigen Freundeskreis unterstützt, führten sie ihren Kampf gegen Hitler. Aus der deutschen Jugendbewegung kamen viele Ungereimtheiten, kulturpolitische und politische Fragwürdigkeiten. Vor den jungen Deutschen, die in einer großartigen Gesinnung — von der Hohen-Meißner-Formel geprägt — Widerstand leisteten und das letzte Opfer auf sich nahmen, sollten wir uns heute noch verbeugen.

Ja, ich meine, daß auch jene in unser Gedenken einbeschlossen sein müßten, die mutig und aufrecht gegen das nationalsozialistische Regime kämpften und starben, ohne zu durchschauen, daß ihre Hintermänner mit der größten Skrupellosigkeit lediglich diese Diktatur durch eine andere ersetzen wollten. Der 20. Juli 1944 ist ein Vermächtnis und eine Verpflichtung. Wir sollten das Geschehene tief in unsere Herzen eingraben, um es in unserer und in der Erinnerung der kommenden Generationen wachzuhalten. Das sind wir jenem Deutschland, das wir alle lieben, schuldig.

Das Reichsbanner - aus der falschen Perspektive betrachtet

Fortsetzung von Nr. 3

Bei Rohe (S. 114) sieht das so aus: „Es kam jedoch immer wieder zur Gewaltanwendung, Terror, Saal- und Straßenschlachten, bei denen der republikanische Verband keineswegs nur der Angegriffene war“. Und um dies zu „beweisen“, zitiert er aus einer Denkschrift Höltermanns, daß im Dezember 1932 insgesamt 3475 Reichsbannerleute gerichtlich verurteilt worden seien. Zweifler belehrt er: „Selbst wenn man annimmt (! W. J.), daß die politische Justiz gegen Linksgruppen besonders unachtsam vorging: daß es sich bei allen um unschuldig Verurteilte handelt, wird niemand behaupten wollen.“ Wollen wir auch nicht; wir wollen aber darauf aufmerksam machen, daß **unter prominenter Mitwirkung des Nationalsozialistischen Juristenbundes SA- und SS-Angehörige eingehend über das „Verhalten vor Gericht“ belehrt wurden. Wieviele Meineide mögen da wohl geschworen worden sein, wenn es gegen das Reichsbanner ging!** Karl Rohe scheint bei seiner Darstellung selbst die Möglichkeit einer solchen „Annahme“ entgangen zu sein.

„Umso auffälliger“ findet er dagegen den seit dem Jahre 1931 „eingetretenen Wandel“, durch den das Wort „Führer“ „mehr und mehr zu einem Bestandteil der offiziellen Terminologie“ (S. 116) geworden sei. Man beachte: 1931! Zu einer Zeit, als die Naziführer sich ihrem Höhepunkt näherte, der (wie Rohe selbst an anderer Stelle hervorhebt) u. a. durch straffere, militantere Organisationsformen (Schufo usw.) begegnet werden mußte. Daraus aber einen „Führerkult“ abzuleiten, wie Rohe das tut, ist absurd. Wenn aus den Gauvorsitzenden **Gauführer** und aus dem Bundesvorsitzenden ein **Bundesführer** wurden, war dies lediglich Ausdruck der strafferen, zentraleren Leitung des Bundes, wie jeder alte Reichsbannermann bestätigen kann.

Noch in der Emigration soll dieser „Führerkult“ wirksam gewesen sein, wie Rohe den Schreibern „eines gewissen Kurt Pflieger“ aus Paris vom 16. 9. 1933 (!) und des früheren Berliner Gauvorsitzenden A. Neidhardt aus Prag vom 23. 6. 1933 (!) an Höltermann „entnimmt“. Man beachte die Zeitpunkte! Damals war in Deutschland und in der Emigration die Meinung noch weitverbreitet, daß sich das Naziregime nicht halten und eine Periode des Chaos in Deutschland beginnen werde. Der Schreiber dieses Artikels war mit dabei, als unser von den Nazis im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 20. Juli 1944 ermordeter Kamerad Dr. Theo Haubach **im Juni 1933** dem genannten Kurt Pflieger in Leipzig — P. war damals Gau-Schufoführer von Leipzig! — Instruktionen für diesen erwarteten Fall überbrachte. Das genannte Schreiben an Höltermann stand damit im direkten Zusammenhang, denn Pflieger mußte im Juli 1933 nach Paris emigrieren, wo er nicht nur eine Gruppe von Reichsbannerleuten betreute, sondern sie vereinbarungsgemäß für den erwarteten Einsatz in Deutschland als Kaderführer schulte.

Wenn man Rohes Buch liest, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er es darauf abgesehen hat, das Reichsbanner als eine Art „Riesen auf tönernen Füßen“ darzustellen. Das kommt z. B. zum Ausdruck, wenn er (S. 168) auf die Kleinkaliberschießausbildung des Reichsbanners eingeht, die er weitgehend bagatellisiert. Der Schreiber dieses Artikels weiß jedoch aus eigenem Erleben, daß die aus **mehreren** Schießständen bestehende Schießanlage des Republikanischen Kleinkaliberschützenvereins Leipzig, dem **alle** aktiven Reichsbannerkameraden des Kreises Leipzig angehörten, regelmäßig im Wechsel abteilungsweise benutzt wurde. In anderen Gebieten wird es nicht viel anders gewesen sein.

„Unduldsame Agitation“ **wirft Rohe dem Reichsbanner vor, die erklärlich mache, „daß durch das Auftreten des Reichsbanners (!) die Gegensätze zwischen den politischen Lagern**

verschärft wurden.“ (S. 244). Und es kommt noch besser: „Durch die Vernachlässigung elementarer und ehrlich empfundener Bedürfnisse (!) wurde ein Vakuum geschaffen, in das die Millionen Hitlers und des deutschen Nationalsozialismus nahezu ungehindert einzudringen vermochten. Insofern wird man zu Recht von einem politisch-psychologischen Versagen der republikanischen Politik sprechen müssen.“

Ausgerechnet das Reichsbanner soll zur „Verschärfung der politischen Gegensätze“ beigetragen haben! „Besser“ könnte auch ein neonazistischer NPD-Redner nicht argumentieren. Auch die „elementar und ehrlich empfundenen nationalen Bedürfnisse“ gehörten so sehr zum Vokabular der NS-Reichsredner, daß damit schon in den letzten Jahren vor dem quasi-legalen Staatsstreich Hitlers kein Hund mehr hinter dem Ofen hervorzulocken war. Geschweige denn ein Arbeitsloser, der ihn nicht einmal zu heizen vermochte! Arbeit und ein geregelter Leben erhofften sich die verführten Millionen, die hinter den Nazis herliefen und ihnen glaubten. „Insofern“ kann man wahrhaftig nicht von einem „politisch-psychologischen Versagen der republikanischen Politik“ sprechen. **Hätten sich die republikanischen Politiker ebenso verhalten wie die nazistischen Abenteurer, wären sie mit verantwortlich gewesen für alles, was wir den Nazis „verdanken“**

Dies und die verdächtigen Ausfälle gegen das Reichsbanner passen genau so in Rohes Konzept wie seine Bemerkung, daß „man“ „seit der Gründung des Bundes allzu routiniert und berufsmäßig auf der Klaviatur einer faschistisch-monarchistischen Bedrohung der Republik gespielt und damit die eigene Glaubwürdigkeit unterhölt hatte.“ **Ausgerechnet einen ironischen Kommentar aus der Zeitung des „Stahlhelm“ führt Rohe dafür als „Beweis“ an!** Und ebensowenig kann es dann verwundern, wenn er abschätzig gleich zweimal die Tschechoslowakei als „Tschechei“ (S. 202, 203) bezeichnet.

Nach soviel abstrahierendem Analysieren entdeckt Rohe dann das für ihn wesentliche an unserem, als Bund aktiver Demokraten, wiedergegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: „Abgesehen von einer dubiosen (wieso „dubios“? W. J.) Neugründung in Bremen“ . . . „hinter der sich allem Anschein nach (man beachte die „wissenschaftliche“ Formulierung! W. J.) eine mit dem politischen Kurs der dortigen SPD. unzufriedene „Linksgruppe“ verbarg, sind nach 1945 nur „Kameradschaftsvereinigungen“ des Reichsbanners Schwarz Rot Gold in einzelnen Städten wieder entstanden, die sich ausschließlich auf Traditionspflege beschränken.“ Wie leicht ist es doch heutzutage, alles, was einem nicht in den politischen Kram paßt, als „links“ zu verteufeln. Verwundern muß es, daß Rohe bei seinem sonstigen geschickten Aufspüren aller erreich- und nutzbaren Quellen sich nicht die Mühe gemacht hat, auch bei unserer Bundeszentrale anzufragen, was es mit der Neugründung auf sich habe. Dann hätte er nämlich feststellen können, daß „Kameradschaftsvereinigungen“ in Wirklichkeit unsere quicklebendigen Ortsvereine sind, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, zur Stärkung unserer lebendigen Demokratie beizutragen und mit den Mitteln, wie sie den Verhältnissen in der Bundesrepublik entsprechen, alle undemokratischen Bestrebungen und Organisationen zu bekämpfen. Denn leider ist der Faschismus noch keineswegs „tot“, wie Rohe annimmt, er bedient sich z. Zt. nur anderer, demokratisch kaschierter Erscheinungsformen und Methoden. So wie in der Weimarer Republik ist ihm nicht beizukommen. Auch wir bedienen uns daher anderer Organisationsformen und Maßnahmen.

Wir werden weiterhin darauf achten, daß das nazistische Unkraut nicht wieder überhandnimmt im Garten der deutschen Demokratie!

Bericht aus USA

In der großen deutschsprachigen jüdischen Zeitschrift „Aufbau“ in New York erschien in der Nummer vom 10. März 1967 folgender Bericht:

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auferstanden

Mitte Januar d. J. erschien die erste Nummer einer neuen Zeitschrift in Deutschland: „Das Reichsbanner, Bund aktiver Demokraten“, als Mitteilungsblatt des neu gegründeten Reichs-

banners Schwarz-Rot-Gold aus den Tagen der Weimarer Republik. Der neu gegründete Verband, dessen vorläufige Zentrale in Bremen ist und bereits Ortsgruppen in Hamburg, Hannover und allen anderen großen Städten des Landes hat, will für eine „aktive Demokratie“ eintreten, alle neo-nazistischen und sonstigen reaktionären Bewegungen bekämpfen und die Tradition der von den Nazis ermordeten Reichsbannerfunktionäre und Mitglieder fortsetzen.“

In New York und Chicago gab es bis zum Jahre 1933 sehr aktive Auslandsgruppen des Reichsbanners, die auch heute noch tätig sein sollen. Wir würden uns freuen, mit ihnen recht bald Verbindung aufnehmen zu können.

Ortsverein Offenbach-Stadt und -Land wiedergegründet



Gründungsversammlung des Ortsvereins Offenbach. Stehend: Gewerkschaftssekretär Karl Wöll, Mitglied des hessischen Landtages; sitzend: Christian Weiß, 1. Vorsitzender und Heinrich Ditter, 2. Vorsitzender des Ortsvereins Frankfurt. Neben Wöll links: Josef Hemmerle, Offenbach a. M.

Am 15. März 1967 wurde in der Offenbacher Gaststätte „Germania“ der Ortsverein Offenbach-Stadt und -Land ins politische Leben zurückgerufen. Die Gründungsversammlung leitete Kamerad Christian Weiß, Vorsitzender des Ortsvereins Frankfurt.

Zu den prominenten Besuchern gehörten die Stadtverordneten Karl Drott und Hermann Gortner, Polizeipräsident und stellvertretender Offenbacher SPD-Ortsvereins-Vorsitzender Horst Schwarz, Polizeioberst Karl Weber, DGB-Kreisausschuß-Vorsitzender Karl Wöll und DGB-Jugendsekretär Wolfgang Chrostek.

Karl Wöll begrüßte seine „alten Reichsbannerkameraden“. Gleichzeitig machte er auf die Bedeutung dieser Wiedergeburt aufmerksam. Es gelte, neue Aufgaben zu übernehmen, „die sich aus der Tatsache ergeben, daß wir es in der Bundesrepublik mit einem neuen Nationalismus zu tun haben in Form der NPD“. Es sei nur zu wünschen, daß die Masse der Bevölkerung, diese Funktion des „Reichsbanner“ als Hüter der Demokratie zu würdigen wisse.

Christian Weiß erinnerte an die recht militante Geschichte des Reichsbanners. Hauptaufgabe sei der Schutz all dessen, was demokratisch genannt zu werden verdiene. Dabei lege man Wert auf engen Kontakt und gute Zusammenarbeit mit der Polizei. In den Vorstand des Ortsvereins Offenbach-Stadt und -Land wurden gewählt: Hermann Goltzsche, Philipp Held, Josef Hemmerle, Heinrich Höfler, Karl Wöll und Otto Wulf (alle Offenbach), Otto Dietrich, Heinrich Miltenberger (beide Neu-Isenburg) und Kurt-Alois Nurreck (Lämmerspiel).

Wiedergründung des Landesverbandes Hessen

Mit der Wiedergründung des Ortsvereins Offenbach-Stadt und -Land des Reichsbanners war auch der Zeitpunkt gekommen, die schon seit einiger Zeit geplante Wiedergründung des Landesverbandes Hessen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, durchzuführen.

In einer für den 18. März 1967 einberufenen „Ordentlichen Mitgliederversammlung“ des Ortsvereins Frankfurt a. M. im „Bornheimer Ratskeller“, an der auch zahlreiche Kameraden aus Hessen teilnahmen, nahm der Vorsitzende des Ortsvereins Frankfurt nach Erledigung der Tagesordnung die Wiedergründung des Landesverbandes Hessen vor. Kam. Weiß gab einen Überblick über die bereits bestehenden Landesverbände und Ortsvereine in der Bundesrepublik und betonte die Notwendigkeit, alle vor 1933 bestandenen Organisationsgebiete neu zu beleben und in Kürze wieder zu gründen. Sein Antrag, in Hessen den Landesverband aus der Taufe zu heben, fand bei den Kameraden aus Stadt und Land einstimmige Zustimmung. In einer kurzen Aussprache betonten die Kameraden, daß in die neuen

Kamerad, hast auch du schon ein neues Mitglied gewonnen?

Vorstände neben altbewährten Kameraden auch jüngere Personen gewählt werden sollten, damit das Reichsbanner besonders die „permanente Gefahr des Rechtsradikalismus“ aktiv abwehren könne.

In den Landesvorstand wurden folgende Kameraden gewählt:
1. Vorsitzender: Christian Weiß, Frankfurt/M., Im Uhrig 39
2. Vorsitzender: Heinrich Ditter, Frankfurt/M., Melibocusstr. 30
Schriftführer: Walter Fiedler, Frankfurt/M., Franz-Simon-Str. 22
Kassierer: Willi Haag, Frankfurt/M., Ulrichstr. 78
Beisitzer: Willi Haug, Wiesbaden, Biebricher Allee 88
Hans Dubs, Gießen, Ederstraße 42
Wilhelm Scheidweiler, Darmstadt, Pupinweg 5
Karl Wöll, Offenbach/M., Herrnstraße 45
Josef Hemmerle, Offenbach/M., Krafftstraße 3
Otto Wulf, Offenbach/M., Hessenring 23
Otto Dietrich, Neu-Isenburg, Andr.-Löber-Platz 1
Waldemar Lorenz, Frankfurt/M., Saalburg Allee 23
K.-H. Dreinhöfer, Frankfurt/M., Obermain-Anlage 29
Revisoren: Hch. Miltenberger, Neu-Isenburg, Taunusstr. 75
August Seger, Bergen-Enkheim, Odenwaldstr. 2
H. Scheunemann, Frankfurt/M., Alexanderstr. 122

Eine spontan durchgeführte Tellersammlung legte den Grundstock für die weitere Arbeit des Vorstandes.

Ortsverein Hannover



Am Grabe der ermordeten Kameraden

Sie wurden und werden nicht vergessen!

Alljährlich wieder treffen sich die noch lebenden Kameraden der Schufu am 22. Februar, um der Kameraden zu gedenken, die am 22. Februar 1933 unter dem mörderischen Feuer der SA in Hannover ihr Leben lassen mußten. Die Kameraden Heese und Großkopf erlagen ihren Verletzungen bald nach der Verwundung. Der Kamerad Epmann erlag einem Lungensteckschuß zwar erst nach vielen Jahren; sein Leidensweg war um so länger und schwerer. Und gemordet wurde auch er.

Uns allen soll das Gedenken an die Toten Mahnung und Verpflichtung sein, weiter zu kämpfen für Freiheit und Recht, für Demokratie und Sozialismus, heute und immerdar.

Das hätte uns noch gefehlt

Ohne zum Für und Wider einer Notstandsregelung Stellung zu nehmen, geben wir nachstehend eine Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 4. 4. 1967 wieder, die auf eine angeblich sehr braune Vergangenheit einzelner jetzt tätiger Experten in Fragen der Planung der Notstandsgesetzgebung hinweist. Die Behauptungen sind so ungläublich und ungeheuerlich, daß eine offizielle und eindeutige Erklärung der zuständigen Stellen erforderlich erscheint. Was sagt der Bundestag dazu?

„Als Notstandsplaner der Bundesregierung seien Beamte tätig, die eine ‚braune Vergangenheit‘ haben. Darauf wird in verschiedenen gewerkschaftlichen Veröffentlichungen hingewiesen. Mit besonderer Empörung wird hier der Name Josef Kölbl genannt, der sich nach Angaben der ‚Gewerkschaftspost‘, Organ der IG Chemie, Papier, Keramik, unter dem NS-Regime als einer der schärfsten Gegner der Gewerkschaftsbewegung erwiesen habe. Das Blatt hält es deswegen für eine Herausforderung der demokratischen Gewerkschaftsbewegung, wenn Kölbl, heute Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium, ‚Gesetze vorbereitet, die mit ihrem Inkrafttreten die Gewerkschaftsfreiheit zerstören würden.‘

Zuvor hatte bereits ‚Metall‘, Organ der IG Metall, einige angebliche Notstandsexperten der Bundesregierung vorgestellt, denen un widersprochen eine ‚braune Vergangenheit‘ nachgesagt werde:

Friedrich Lippig, einst NSDAP-Mitglied und SS-Sturmbannführer,

Wolf von Dreising, unter Hitler SS- und NSDAP-Mitglied, Josef Schafhüttle, von ‚Metall‘ als ‚Verfasser der unmenschlichen ‚Gewaltverbrecherordnung‘ des Dritten Reiches‘ bezeichnet,

Eduard Dreher, einst Erster Staatsanwalt beim NS-Sondergericht in Innsbruck,

Heinrich Küppenbender, der NSDAP-Mitglied und Mitarbeiter Speers und Sauckels für den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge gewesen sei.

Bei der Veröffentlichung dieser Namensliste forderte ‚Metall‘ Bundesinnenminister Lücke (CDU) auf, den Verdacht zu entkräften, daß ‚ehemalige Nazis und SS-Führer ihre diktatori-

schen Traditionen in Bonn fortsetzen können‘. Lücke antwortete jedoch nicht.

Auch die ‚Gewerkschaftspost‘ forderte Lücke zu einer Stellungnahme zum Fall Kölbl auf, nachdem sie ausführlich den Lebenslauf dieses Mannes dargestellt, seine hohen Funktionen im NS-Regime aufgezählt und unter anderem einen Brief Köbls an Josef Goebbels aus dem Jahre 1941 zitiert hatte, worin es hieß: ‚Ich bin seit meinem Eintritt in die NSDAP im Jahre 1932 ununterbrochen als Propagandist des nationalsozialistischen Gedankenguts aktiv tätig gewesen.‘

Das Organ der IG Chemie stellte dem Bundesinnenminister in diesem Zusammenhang einige konkrete Fragen. Doch auf keine dieser Fragen erhielt sie eine konkrete Antwort. Von den zwei Sätzen, die Lückes Pressereferent der ‚Gewerkschaftspost‘ als Stellungnahme schickte, handelte der eine ‚vom Recht auf politischen Irrtum‘, und der andere lautete: ‚Dr. Josef Kölbl, an dessen demokratischer Zuverlässigkeit kein Zweifel besteht, hat das volle Vertrauen des Herrn Ministers.‘

Jugend vor nationalsozialistischer Verhetzung bewahren

EB. Am 24. März 1967 sprach der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Werner Figgen vor 8000 Menschen bei einer Gedenkfeier in Dortmund am Mahnmahl für 298 Arbeiter und Widerstandskämpfer aus sieben Nationen, die am Karfreitag 1945 von der Gestapo in Dortmund ermordet wurden. Minister Figgen forderte dazu auf, die heutige Jugend vor dem wiederauflebenden Nationalismus und den hohlen Phrasen von gestern zu warnen.

Wie uns berichtet wurde, waren unter den Teilnehmern an der Gedenkfeier zahlreiche ehemalige Reichsbannerkameraden. Es wäre zu hoffen, daß sie sich bald wieder in ihren alten Ortsvereinen zu neuer Tätigkeit zusammenschließen; das Reichsbanner war bis 1933 gerade im ‚Revier‘ sehr stark organisiert.

Aus den Ortsvereinen

Bonn-Stadt und -Land

In der Monatsversammlung des Ortsvereins am 16. März 1967 im Saale des Gasthauses Gardemann in Bonn, sprach der Vorsitzende des Reichsbannerkreises 17 bis 1933, Kamerad Peter, Stadtverordneter in Bad Godesberg, über die schwierige politische und organisatorische Arbeit des Reichsbanners zu Anfang des Jahres 1933 und die sich daran anschließende ‚illegale‘ Arbeit, die viele Kameraden, darunter ihn selbst, ins Zuchthaus oder KZ brachten, Kamerad Peter schloß seine mit großem Interesse und mit besonderem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Bemerkten, daß es hoffentlich nicht notwendig werde, daß das Reichsbanner noch einmal in der Form des uniformierten militanten Kampfverbandes auftreten müsse, daß es aber heute als eine Gesinnungsgemeinschaft aktiver Demokraten eine Notwendigkeit sei und bleibe. Kamerad Rothmann wies darauf hin, daß die Ausführungen des Kameraden Peter bei späterer anderer Gelegenheit vorgetragen, besonders werbewirksam für neue Kameraden und junge Menschen sei und Kamerad Kerger gab einen allgemeinen Bericht über die Möglichkeiten einer Mitgliederwerbung und Ausbreitung der Organisation. Aus den Reihen der Kameraden wurde der Wunsch laut, recht bald den Kontakt mit den Kameraden aus dem Siebkreis zu finden, der ebenfalls zum früheren Reichsbannerkreis 17 im Gau Rheinland gehörte.

Frankfurt

Anläßlich des Todestages unserer vor 38 Jahren von den Nazis ermordeten Kameraden Koch und Schmidt, wird der Vorstand am Samstag, dem 29. April 1967, um 16 Uhr, ein Blumengebinde auf deren Ruhestätte im Frankfurter Hauptfriedhof niederlegen. Die Kameraden sind hierzu herzlich eingeladen.

Am Montag, dem 1. Mai, beteiligen wir uns an der Maiveranstaltung des DGB in der Frankfurter Festhalle. Die Kameraden werden gebeten, an den für uns reservierten Tischen Platz zu nehmen.

Hannover

Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 7. Mai, um 10 Uhr, in der Gaststätte Sprengel, Ecke Kniestraße/Schneiderberg.

Bremen

Jugendbund: Jeden Donnerstag Treffen um 19.30 Uhr im Jugendheim Neustadt, Geschworenenweg.

Delmenhorst

Die vorgesehene Wiedersehensfeier ehemaliger Kameraden ist auf Monat Mai festgelegt. Der genaue Termin ergeht schriftlich.

Verden

Mitgliederversammlung am Sonnabend, 13. Mai, 19 Uhr, in der Gaststätte ‚Schwarzer Bär‘, Bremer Straße 20.

Mitteilungen der Bundeszentrale

- Reichsbanner im Ausland.** Wer noch Anschriften von im Ausland lebenden, dorthin emigrierten oder verzogenen Kameraden kennt, wird gebeten, diese der Bundeszentrale, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Telefon 44 07 33, mitzuteilen. Kameraden im Ausland können über die Bundeszentrale ihre alte Mitgliedschaft wieder aufleben lassen.
- Reichsbanner - Schallplatten - Filmstreifen - Glaslichtbilder usw.** Wer diese noch aus der Zeit vor 1933 besitzt, wird dringend gebeten, das mit näheren Angaben der Bundeszentrale mitzuteilen.

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundeszentrale. Verantwortlich: Dietrich Westermann, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Tel. 44 07 33.

Druck: Henry Schween, 28 Bremen, Buntentorsteinweg 95.